Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, BfB und FDP

An die Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt
Aenne von Wurmb

Schenefeld, im September 2025

Antrag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Schenefeld bittet die Bürgermeisterin in ihrer Funktion als Ordnungsbehörde für eine weitgehende Befreiung der innerstädtischen Fahrbahnen von parkenden Fahrzeugen jedweder Art zu entscheiden. Dabei sollen zeitlich befristete Halte- und Parkzonen für Besucher und Dienstleister bestehen bleiben.

Insbesondere bittet der Ausschuss um die Befreiung aller Straßen mit Busverkehr vom parkenden Verkehr.

Die Fahrbahnen sollen mit Priorität vor allem dort von parkenden Fahrzeugen befreit werden, wo Straßenverläufe schwer einsehbar sind oder Nebenstraßen künftig als Fahrradstraßen ausgewiesen werden sollen.

Es muss seitens der Stadt auch beobachtet werden, ob es zur Verlagerung des Parkens in Nebenstraßen kommt. Sollte das so sein, müssen weitere Maßnahmen beraten werden.

Begründung: Die jüngst beschlossene verstärkte Überwachung des ruhenden Verkehrs, das von der CDU beantragte Einbahnstraßenkonzept und dieser Antrag für die weitgehende Befreiung der innerstädtischen Fahrbahnen von parkenden Fahrzeugen verfolgen ein gemeinsames übergeordnetes Ziel: Die Fahrbahnen sollen als allgemeine Verkehrsflächen wieder dem Zweck zugeführt werden, für welche sie für teures Geld geschaffen wurden: der sicheren Fortbewegung aller Verkehrsteilnehmer. Dieses ist heute nur noch bedingt gegeben. Busse bleiben hinter parkenden Fahrzeugen stecken, Radler müssen auf die Gegenfahrbahn wechseln, um parkende Fahrzeuge zu umfahren, PKW stecken im Berufsverkehr hinter parkenden Fahrzeugen fest, sich plötzlich öffnende Fahrzeugtüren stellen vor allem für vorbeifahrende Radler ein Risiko dar (Dooring).

Die Stadt ist nicht verantwortlich, für alle den entsprechenden Parkraum zu schaffen, sondern hier sind die Grundstückseigentümer und Fahrzeughalter in der Verantwortung. Parkraum im ausreichenden Umfang muss zwingend von den Haus-

und Grundstückseigentümern geschaffen werden und ist auch immer Gegenstand der Baugenehmigungen.

Gesucht werden müssen auch Lösungen in den alten Quartieren wie der Kastanienallee u.a., in denen es real zu wenig Parkraum gibt.
Aber auch dort muss, wie in allen anderen Straßen, sichergestellt werden, dass auch die großen Feuerwehrfahrzeuge die Straßen jederzeit befahren können. Auch das ist heute nicht gesichert gegeben. Es besteht also Handlungsbedarf.

Bündnis 90/Die Grünen

CDU

SPD

BfB

FDP